

Medieninformation

Gemeinschaftskraftwerk Inn: Einreichung erfolgt

Umweltverträglichkeitserklärung an österreichische und Schweizer Behörden übergeben

Landeck, 12.04.2007: Nach zweieinhalbjähriger Planung, Umweltanalyse und intensiver Projektentwicklung, hat die Gemeinschaftskraftwerk Inn GmbH (GKI) ihr Kraftwerksprojekt am 12. April zur Genehmigung bei den zuständigen Behörden eingereicht. Da es sich beim GKI um ein grenzüberschreitendes Projekt handelt, ist dies auf österreichischer Seite das Amt der Tiroler Landesregierung und auf Schweizer Seite das Amt für Energie, angesiedelt beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.

Laufkraftwerk für 90.000 Haushalte

Die Bevölkerung des Oberen Gerichts wurde intensiv in die Projektentwicklung eingebunden und regelmäßig über den Projektfortschritt informiert: zwischen Martina und der Kajetansbrücke bei Ovella wird ein kleiner Stausee mit einem Inhalt von 500.000 Kubikmeter Wasser errichtet. Durch einen rund 23 Kilometer langen Stollen wird ein Teil des Wassers unterirdisch zum Krafthaus in Prutz geleitet. Dort erzeugen zwei Maschinensätze umweltfreundlichen Strom. Die Energieableitung erfolgt über ein erdverlegtes Stromkabel zum Umspannwerk beim benachbarten Kraftwerk Kaunertal. Mit einem Regelarbeitsvermögen von gut 400 Millionen Kilowattstunden pro Jahr könnten über 90.000 Haushalte versorgt werden. Die Investitionssumme liegt laut derzeitigen Schätzungen bei 290 Millionen Euro.

Vorteile für die Umwelt

Das Projekt GKI überzeugt aber nicht nur mit seinen energiewirtschaftlichen Vorteilen. Durch den Wegfall des Schwalls auf der Fließstrecke des Inns zwischen Martina und Prutz kommt es zu einer beträchtlichen Verbesserung der ökologischen Situation. Dies bedeutet eine Annäherung an den natürlichen Urzustand des Oberen Inn. Zudem trägt das Projekt zum Klimaschutz bei. Gegenüber der Stromproduktion in einem modernen Kohlekraftwerk, werden durch ein Wasserkraftwerk GKI jährlich 324.000 Tonnen Kohlendioxid, 168 Tonnen Schwefeldioxid, 180 Tonnen Stickoxide sowie acht Tonnen Staub vermieden.

5.000 Seiten Einreichunterlagen

Die Einreichunterlagen bestehen aus dem Genehmigungsantrag, den technischen Einreichunterlagen sowie der Umweltverträglichkeitserklärung und umfassen ca.

5.000 DIN-A4 Seiten sowie mehr als 100 Pläne. Die Umweltverträglichkeitserklärung besteht aus der allgemein verständlichen Zusammenfassung, aus der Beschreibung der alternativen Lösungsmöglichkeiten sowie den einzelnen Fachbeiträgen. „Wir haben in den letzten 21 Monaten gemeinsam mit vier Planungsbüros (je zwei aus Tirol und der Schweiz) sowie 20 Experten in 13 Fachbereichen die Einreichunterlagen erarbeitet. Wir sind glücklich und auch ein wenig stolz, die Einreichung zwar leicht verspätet aber inhaltlich wie geplant vornehmen zu können! Das Wichtigste ist jedoch, dass unsere Experten dem Projekt eine hohe Umweltverträglichkeit attestieren und zusätzliche ökologische Vorteile im Bereich der Limnologie festgestellt haben. Nun liegt es an den Behördengutachtern diese Aussagen zu beurteilen“, erläutert **GKI-Geschäftsführer DI Gerhard Wedam**.

Behörden, Bürger und Gemeinden sind nun am Zug

In Österreich werden im Anschluss an die Einreichung die Unterlagen einer Vollständigkeitsprüfung unterzogen. Diese sollte bis Ende Juni abgeschlossen sein. Damit würde sich eine erste öffentliche Auflage in den Monaten Juli und August ergeben. „Durch die enge Zusammenarbeit mit der Region und den Bürgermeister war es uns möglich, das Projekt schon vorab bestmöglich an die Bedürfnisse und Herausforderung der Region anzupassen. Es liegt jetzt aber in den Händen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeinden das Projekt zu prüfen und die notwendigen Fragen zu stellen“, so das Planungsteam der GKI. **Geschäftsführer DI Peter Weiskopf** hofft seinerseits, dass die Menschen im Oberen Gericht die Chance der gesetzlich vorgesehenen, engen Einbindung ins Genehmigungsverfahren nutzen. „Die Genehmigung von Großprojekten ist heute ein transparentes Verfahren, in das jeder Interessierte umfassend Einblick erhält. Alle gestellten Fragen und Stellungnahmen müssen beantwortet werden. Dafür sind wir gerne bereit!“

Auch in der Schweiz werden die Gesuchsunterlagen von den Behörden auf ihre Vollständigkeit geprüft und nötigenfalls ergänzt. Hernach erfolgt eine einmonatige Auflage im Kanton Graubünden und in der Gemeinde Tschlin. Während der Dauer der Auflage können Dritte Einsprache erheben. Innert sechs Monaten nach Abschluss der Auflage erfolgt eine Einigungsverhandlung.

Geplante Inbetriebnahme 2013

Im Anschluss an die erste öffentliche Auflage wird in Österreich die Behörde das Umweltverträglichkeitsgutachten erstellen. Darin sind alle bis dahin eingegangenen Stellungnahmen aller Parteien berücksichtigt. Dieses UV-Gutachten liegt anschließend wieder vier Wochen zur öffentlichen Einsicht- und Stellungnahme auf, bevor es zur mündlichen Verhandlung kommt. Auch dort haben die Parteien ein umfassendes Stellungnahmerecht. Erst dann erstellt die Behörde den Genehmigungsbescheid auf Basis des § 17 des UVP-G, natürlich mit anschließender öffentlicher Auflage, Einsichtnahme und Berufungsrecht.

In der Schweiz wird in diesem Zeitraum die Wasserrechtskonzession zwischen den Beteiligten ausgehandelt und der Umweltverträglichkeitsbericht von den Fachbehörden in Bund und Kanton geprüft. Im Anschluss daran und unter inhaltlicher und zeitlicher Koordination mit den österreichischen Behörden werden die Wasserrechtskonzession sowie sämtliche weiteren in der Schweiz erforderlichen Bewilligungen erteilt.

„Die koordinierten Bewilligungsverfahren, d.h. das Genehmigungsverfahren UVP in Österreich bzw. das Konzessionsverfahren in der Schweiz ermöglichen die umfassende Bürgerbeteiligung und garantieren, dass nur ein umweltverträgliches Projekt auch tatsächlich umgesetzt wird. Wir gehen bei optimalem Verlauf von einer Zeitdauer von ca. 18 Monaten aus. Dies bedeutet, dass wir auf eine Genehmigung Ende 2008 hoffen dürfen. Sollte dies so eintreffen, würden wir im Frühjahr 2009 mit dem Bau beginnen. Mit einer Inbetriebnahme wäre somit im Jahr 2013 zu rechnen“, erläutert **GKI-Geschäftsführer Dir. Peter Molinari**.

Offenheit und Transparenz

Damit die Gemeindevertreter sowie die in der einen oder anderen Gemeinde installierten Projektgruppen mehr Zeit, als in der UVP vorgesehen, zum Studium der Projektunterlagen haben, hat die GKI zeitgleich mit der Einreichung diese auch an die Bürgermeister übergeben. „Es ist so nicht üblich und hat keine Präjudizwirkung für weitere Projekte. Wir halten es aber für logisch und beweisen damit die gelebte Transparenz und Offenheit der GKI. Wir hoffen, dass diese rasche Information das faire und sachliche Verhältnis zwischen den Vertretern der Region und dem GKI-Projektteam weiter stärkt. Wir stehen auch in der Phase der UVP allen Projektparteien jederzeit für Fragen und Antworten zur Verfügung“, erklärt Wedam.

Fact Box – Gemeinschaftskraftwerk Inn

- 2 Francisturbinen, Leistung 88.000 Kilowatt (119.700 PS)
- Regelarbeitsvermögen von 417 Millionen Kilowattstunden pro Jahr (damit können jährlich über 90.000 Haushalte versorgt werden)
- Länge des Druckstollens: rund 23 Kilometer, Fallhöhe: 132 Meter
- Ausbauwassermenge: 75 Kubikmeter pro Sekunde
- Gesamtinvestition: 290 Millionen Euro

Weitere Fakten entnehmen Sie bitte der Einreichinformation.

hofherr communikation gmbh

Markus Bischof